

Behindertenverband e.V. Grevesmühlen, Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
c/o gsub mbH
Kronenstraße 6
10117 Berlin

Antrag

für:

**ETB.01.00459.21 - ETB.01 - Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
(Folgeantrag)**

Hinweis: Das Formular ist online auszufüllen und als unterschriebener Ausdruck per Post an die in der Anschrift genannte Adresse zu versenden.

1 Allgemeine Angaben zum Antragsteller

Name der Organisation: Behindertenverband e.V. Grevesmühlen

Rechtsform: Verein

Branche: S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen

Adresse: Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen

Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern

E-Mail der Organisation: info@behindertenverband-gvm.de

Internet: www.behindertenverband-gvm.de

Telefonnummer: 038817589786

Faxnummer:

Unterschriftsberechtigte Person

Name: Heidrun Lange

E-Mail-Adresse: info@behindertenverband-gvm.de

Funktion: Vorstandsvorsitzende

Telefonnummer: 038817589786

Faxnummer: 038817589787





Ansprechpartner

Name: Heidrun Lange

E-Mail-Adresse: info@behindertenverband-gvm.de

Funktion: Vorstandsvorsitzende

Telefonnummer: 038817589786

Faxnummer: 038817589787

2 Angaben zum Antrag

Beginn des Vorhabens: 01.01.2021

Ende des Vorhabens: 31.12.2022

Bankverbindung

Kontoinhaber: Behindertenverband Grevesmühlen e.V.

Beschreibung: Sparkasse Mecklenburg-Nordwest

IBAN: DE79140510001200030377

BIC: NOLADE21WIS

Name der Bank: Sparkasse Mecklenburg-Nordwest

3 Weitere Angaben zum Folgeantragsteller

Angaben zu dem bisherigen EUTB-Angebot

Dokumentationsnummer des bisherigen EUTB-Angebotes ETB.00.03329.18

Adresse des bisherigen EUTB-Angebotes

Straße Kirchplatz 5

Postleitzahl 23936

Ort Grevesmühlen

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

Adresse und Ort mit Postleitzahl der regelmäßig betriebenen Außenstellen Am
Bahnhof 1, 23936 Grevesmühlen

**Wie oft wurden die regelmäßig angebotenen Außenstellen besetzt (monatlich,
alle zwei Wochen, wöchentlich etc.)?** wöchentlich



Verbund

Teilnahme an einem Verbund ja

Wenn ja, Anzahl der Verbundpartner 1

Wenn ja, Dok.Nr. der Verbundpartner aus dem vorhergehenden EUTB-Angebot ETB.00.03029.18

Wurde der Verbund gemeinsam als EUTB unter einer Adresse ausgeübt? ja

Wenn nein, bitte begründen:

Personal

Anzahl der tatsächlich beschäftigten Personen zum Tag der Antragstellung 1

Ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) 0,77

Davon Peers in VZÄ 1

Wenn keine Peers, bitte begründen.

Anzahl der tatsächlich vorhandenen ehrenamtlich Tätigen zum Tag der Folgeantragstellung 0

Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Durchschnitt pro Monat 0

Wie wurde in der bisherigen Umsetzung (2018-2020) die Erreichbarkeit des Beratungsangebotes bei Abwesenheit des Stammpersonals EUTB sichergestellt? Vertretung durch eine Sachbearbeiterin (ebenfalls Förderung durch EUTB ETB.00.03029.18)

Organisatorische und Inhaltliche Umsetzung für den Förderzeitraum 2021-2022

Werden mit dem Folgeantrag wesentliche konzeptionelle Änderungen zum bisherigen Projekt vorgenommen? Wenn ja, schildern Sie bitte diese. nein

Ergeben sich für 2021 und 2022 insbesondere Änderungen an der örtlichen Reichweite Ihres Beratungsangebotes im Vergleich zu 2018 - 2020? Wenn ja, welche? nein

Wie wird der Erfolg des Beratungsangebots gemessen? statistische Dokumentation der Beratungsgespräche, Vergleich der Beratungszahlen mit vorangegangene Monate, Vergleich der Beratungszahlen mit Vorjahr, Dok. der Anzahl der Ratsuchenden

Wie wird der Erfolg des Beratungsangebots kontrolliert? Kontinuierlicher Einsatz von Feedbackbögen, Bei Folgebartungen Austausch mit den Ratsuchenden zum Erfolg und Misserfolg, Rückmeldungen aus Eigeninitiative der Ratsuchenden, in den Beratungsstellen liegt ein Buch für schriftliche Rückmeldungen und Hinweisen von Ratsuchenden an die Berater



Welche Anzahl an Beratungen sind pro Jahr geplant? 3400

Finanztechnische Umsetzung für den Förderzeitraum 2021-2022

Bitte stellen Sie etwaige Mehr- oder Minderausgaben gegenüber der Letztbewilligung für folgende Finanzpositionen dar und begründen Sie dies:

Personalkosten

Abweichung ja

Mehrausgaben

Minderausgaben

Summe der Abweichung in Euro 1.400,00 €

Grund der Abweichung durch erhöhte Personalkosten

Miet- und Mietnebenkosten

Abweichung nein

Mehrausgaben

Minderausgaben

Summe der Abweichung in Euro

Grund der Abweichung

Sonstige Sachkosten, Ehrenamtliche Tätigkeiten

Abweichung ja

Mehrausgaben

Minderausgaben

Summe der Abweichung in Euro 500,00 €

Grund der Abweichung keine Ehrenamtlichen (in den letzten Jahren konnte kein Ehrenamtlicher gewonnen werden)

Sonstige Sachkosten, besondere Bedarfslagen

Abweichung nein

Mehrausgaben

Minderausgaben

Summe der Abweichung in Euro

Grund der Abweichung



Sonstige Sachkosten, Qualifizierung und Weiterbildung

Abweichung nein

Mehrausgaben

Minderausgaben

Summe der Abweichung in Euro

Grund der Abweichung

4 Erläuterungen zum Kosten- und Finanzierungsplan

Im Finanzierungsplan können grundsätzlich nur solche Positionen angesetzt werden, die innerhalb der vorgegebenen Laufzeit, frühestens ab dem Zeitpunkt der Bewilligung, und ausschließlich für das Beratungsangebot anfallen. Nicht zuwendungsfähig sind solche Ausgaben/Kosten, die auch ohne das Beratungsangebot anfallen. Der Finanzierungsplan muss nachvollziehbar, plausibel und in Abstimmung mit der inhaltlichen Beschreibung des geplanten Beratungsangebots mithilfe vollständiger Erläuterungen verfasst sein. Insbesondere Berechnungsgrundlagen und Mengenansätze sind nachvollziehbar zu dokumentieren. Es sind ein Gesamtfinanzierungsplan sowie einzelne Finanzierungspläne pro Kalenderjahr vorzulegen.

Pro Vollzeitäquivalent wird eine Verwaltungsausgabenpauschale in Anlehnung an das Berechnungsschema des BMF für Personal- und Sachkosten für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (PKS) in Höhe von 7.600 Euro pro Jahr bewilligt. Die Zuwendungen für die Beratungsangebote sind pro Vollzeitäquivalent auf höchstens jeweils 90.000 Euro (inkl. Verwaltungsausgabenpauschale) jährlich begrenzt. Aus der Höhe der Gesamtausgaben muss hervorgehen, dass bei der Organisation des Beratungsangebots die Grundsätze eines effizienten Finanzmanagements, insbesondere die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, beachtet sowie ein angemessenes Ausgaben-Nutzen-Verhältnis berücksichtigt werden.

5 Ausgaben

Belegart	Betrag
A.1 Personalausgaben	59.008,56 €
A.2 Mieten	4.068,48 €
A.3 Sonstige Sachausgaben	2.000,00 €
A.7 Pauschalen	11.704,00 €
Gesamt:	76.781,04 €





6 Einnahmen

Belegart	Betrag
E.1 Einnahmen mit Geldfluss	3.839,05 €
E.3 Einnahmen Fördermittel	72.941,99 €
Gesamt:	76.781,04 €

7 Jahresscheiben

7.1 Ausgaben

Belegart	2021	2022
A.1 Personalausgaben	29.504,28 €	29.504,28 €
A.2 Mieten	2.034,24 €	2.034,24 €
A.3 Sonstige Sachausgaben	1.000,00 €	1.000,00 €
A.7 Pauschalen	5.852,00 €	5.852,00 €
Summe	38.390,52 €	38.390,52 €

7.2 Einnahmen

Belegart	2021	2022
E.1 Einnahmen mit Geldfluss	1.919,52 €	1.919,53 €
E.3 Einnahmen Fördermittel	36.471,00 €	36.470,99 €
Summe	38.390,52 €	38.390,52 €

8 Rechtliche Hinweise

Der/die Antragsteller*in / Zuwendungsempfänger*in erklärt,





- dass das Projekt nicht bereits aus öffentlichen oder anderweitigen Mitteln gefördert bzw. durch eine Auftragsvergabe finanziert wird und dass er das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bzw. den von ihm beauftragten Dienstleister (gsub mbH) unverzüglich informiert, sollte ein solcher Antrag gestellt werden,
- dass er kein Rehabilitationsträger nach SGB IX ist,
- dass er über eine ordnungsgemäße Geschäfts- und Buchführung sowie eine entsprechende Verwaltung verfügt,
- dass über das Vermögen kein Insolvenzverfahren eröffnet bzw. ein solches Verfahren beantragt wurde,
- dass, soweit im Antrag personenbezogene Daten von Beschäftigten des Antragstellers / Zuwendungsempfängers oder sonstigen natürlichen Personen enthalten sind, diese Beschäftigten entsprechend der gültigen Datenschutzbestimmungen informiert und ihr Einverständnis eingeholt wurde,
- dass die Personen, für die Mittel beantragt werden, in dem dargelegten Umfang für das Projekt tätig werden
- dass, falls bereits beschäftigtes Personal im Rahmen dieser Zuwendung zum Einsatz kommt, für das bisherige Beschäftigungsfeld im entsprechenden Umfang neues Personal eingestellt wird,
- dass die beantragten Personalmittel keine Anteile enthalten, die bereits aus öffentlichen Haushalten gedeckt sind,
- dass die veranschlagten Eigenmittel, auch unter Berücksichtigung aller sonst kumulierten finanziellen Verpflichtungen während der Projektlaufzeit selbst aufgebracht werden können,
- dass die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie ethische und wissenschaftliche Standards eingehalten werden,
- dass mit dem Beratungsangebot keine unmittelbare Gewinnerzielung beabsichtigt wird (z. B. Nachweis der Gemeinnützigkeit),
- dass er das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Fachstelle „Teilhabeberatung“ und die wissenschaftliche Begleitung in der programmbegleitenden Arbeit uneingeschränkt unterstützt,
- dass er die vorgegebenen Qualitätsstandards umsetzt und die aktive Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen (insbesondere bei der Vernetzung) unterstützt,
- dass er im Rahmen des EUTB-Projekts ausschließlich im Interesse der Ratsuchenden (Neutralitätserklärung) handelt,
- dass die Berater*innen ausschließlich im Interesse der Ratsuchenden handeln (Neutralitätserklärung) und in Beratungsfragen nicht fachlich weisungsgebunden sind,





- das Logo des BMAS bestimmungsgemäß zu verwenden und darüber hinaus, insbesondere bei Veröffentlichungen aller Art, auf die Förderung des BMAS aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages hinzuweisen,
- dass er Vor-Ort-Kontrollen/Prüfungen durch den Dienstleister (Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, Berlin) und den Bundesrechnungshof zulässt.
- dass er seine Dokumente und Angaben in der Organisationsverwaltung der ProDaBa.2020 stets auf dem aktuellen Stand vorhält. Änderungen und Aktualisierungen werden durch den Antragstellenden fortlaufend vorgenommen.

Ich versichere, dass die oben genannten Erklärungen richtig sind und alle übrigen Angaben im Antrag (nebst Anlagen) vollständig und wahrheitsgemäß erfolgt sind.

Ja Nein

9 Erklärung zur Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Antragsteller ist für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt.

Ja Nein



10 Unterschrift

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort/Datum: Grevesmühlen, 04.11.2019

Stempel

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en):

Heidrun Lange
(Vorstandsvorsitzende)





Anhang

Detaillierter Finanzplan Ausgaben

Lfd. Nr. 1 / A.1.22 Personalausgaben Beratungspersonal: 59.008,56 €

Erläuterung: Berater 1

Eingruppierung nach Tarif: kein Tarif

Stundensatz (in Euro): 18,85 €

Arbeitszeit pro Woche (in Std.): 30

Arbeitgeberbrutto (pro Monat): 2.458,69 €

Dauer der Beschäftigung im Projekt (in Monaten): 24

Arbeitszeit im Projekt (in Prozent): 100,00%

Sonderleistungen zu Personalausgaben (in Euro): 0,00 €

Lfd. Nr. 2 / A.2.1 Mieten: 2.542,80 €

Erläuterung: Miete Beratungsraum, Am Bahnhof 1 in Grevesmühlen

Miete pro Quadratmeter (in Euro) (automatisch berechnet): 5,00 €

Gesamtfläche Mietobjekt laut Mietvertrag (in Quadratmeter): 21,19

Mietausgaben für Gesamtfläche pro Monat (in Euro): 105,95 €

Mietfläche für das Vorhaben (in Quadratmeter): 21.19

Mietzeit des Objektes für das Vorhaben (in Monaten): 24

Lfd. Nr. 3 / A.2.2 Mietnebenkosten: 1.525,68 €

Erläuterung: Mietnebenkosten, Beratungsraum Am Bahnhof 1 in Grevesmühlen lt.

Mietvertrag 63,57 €/Monat

Lfd. Nr. 4 / A.3.44 Qualifizierung und Weiterbildung: 2.000,00 €

Erläuterung: Weiterbildungen pro Jahr 1.000,00 €

Lfd. Nr. 5 / A.7.7 Verwaltungs- und Sachmittelpauschale: 11.704,00 €

Erläuterung: Berater 30h/Woche

Vollzeitäquivalente: 0,77

Jahre: 2

: 11.704,00 €

Detaillierter Finanzplan Einnahmen

Lfd. Nr. 1 / E.1.17 Eigenmittel: 3.839,05 €

Erläuterung: Vereinsvermögen

Lfd. Nr. 2 / E.3.3 Bundesmittel: 72.941,99 €



Erläuterung: Bundesmittel

